

Patrick Emmenegger*, Paul Marx, Dominik Schraff

Gescheiterte Berufseinstiege und politische Sozialisation. Eine Längsschnittstudie zur Wirkung früher Arbeitslosigkeit auf politisches Interesse

Does Unemployment Reduce Political Interest? An Analysis of Socialization Effects Using Longitudinal Data

DOI 10.1515/zfsoz-2017-1012

Zusammenfassung: Verringert Arbeitslosigkeit politisches Interesse? Wir argumentieren, dass die Antwort auf diese Frage vom Stadium im Lebenszyklus abhängt. Mit zunehmendem Alter wird politisches Interesse wandlungsresistent, wodurch der Einfluss von Arbeitslosigkeit abnimmt. In jungem Alter kann Arbeitslosigkeit allerdings den Sozialisationsprozess behindern, durch den sich politisches Interesse entwickelt. Dieser negative Effekt von Arbeitslosigkeit tritt vor allem unter jungen Erwachsenen auf, die weniger stark in soziale Netzwerke eingebunden sind. Mit dieser Sozialisationsperspektive ergänzen wir Argumente, die sich auf an den Arbeitsplatz geknüpfte Ressourcen konzentrieren. Unsere Längsschnittanalyse zeigt, dass (1) Arbeitslosigkeit politisches Interesse insbesondere bei jungen Befragten verringert, (2) dieser Effekt vor allem bei introvertierten Persönlichkeiten mit schwächeren sozialen Netzwerken auftritt und (3) Arbeitslosigkeit in jungen Jahren einen bleibenden negativen Effekt auf politisches Interesse hat.

Schlüsselwörter: Arbeitslosigkeit; politisches Interesse; politische Sozialisation; Berufseinstieg; Scarring-Effekte.

Abstract: Does unemployment reduce political interest? This contribution argues that the answer depends on life-cycle stages. Political interest becomes resilient with age, which in turn diminishes the negative effect of unemployment. However, if unemployment occurs at a young age, unemployment can inhibit the socialization process that leads to political interest. This effect is especially pervasive among young adults with weak social networks. This socialization perspective complements existing accounts that emphasize the role of workplace-related resources. The longitudinal analyses made in connection with this study show that unemployment does indeed reduce political interest primarily among young respondents, an effect that is particularly strong among respondents who lack strong social networks. Furthermore, unemployment at a young age produces persistent, negative effects on political interest.

Keywords: Unemployment; Political Interest; Political Socialization; Personality Differences; Scarring Effects.

1 Einleitung

Sind Arbeitslose politisch weniger involviert? Diese klassische Frage der politischen Soziologie hat in der gegenwärtigen europäischen Arbeitsmarktkrise neue Bedeutung gewonnen. Denn die Krise betrifft vor allem junge Erwachsene – eine Gruppe, die typischerweise (noch) kein stabiles politisches Interesse aufweist. Protestbewegungen wie Indignados 2011/12 in Spanien oder Nuit Debout 2016 in Frankreich könnten den Eindruck vermitteln, jun-

*Korrespondenzautor: Patrick Emmenegger, Universität St. Gallen, Politikwissenschaftliches Departement, Müller-Friedberg-Strasse 6/8, 9000 St. Gallen, Schweiz, E-Mail: patrick.emmenegger@unisg.ch

Paul Marx, University of Southern Denmark, Department of Political Science and Public Management, Campusvej 55, 5230 Odense, Dänemark, E-Mail: marx@sam.sdu.dk

Dominik Schraff, ETH Zürich, Center for Comparative and International Studies, IFW D 43.2, Haldeneggsteig 4, 8092 Zürich, Schweiz, E-Mail: dominik.schraff@eup.gess.ethz.ch

ge Arbeitslose seien politisch besonders stark mobilisiert. Allerdings nimmt in der Regel nur eine Minderheit an den Protesten teil. Die Frankfurter Allgemeine (2015) bezeichnet es deshalb auch als „schleierhaft“, warum es „[a]ngesichts der desaströsen Lage [...] zwar immer mal wieder Proteste von Jugendlichen in einzelnen Ländern gibt, aber keine breite Jugendbewegung, die für ihre Rechte kämpft“. Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und politischer Involviertheit ist also keinesfalls offensichtlich (siehe auch Burden & Wichowsky 2014).

Trotz einer im europäischen Vergleich niedrigen Arbeitslosenquote stößt auch in Deutschland die These auf Besorgnis, Arbeitslose und andere sozial Benachteiligte könnten sich von der Politik abwenden (Faas 2010; Marx & Picot 2013; Rattinger 1983; Schäfer 2015). Die empirischen Ergebnisse sind allerdings nicht eindeutig. Die Studie von Faas (2010) kommt zum Schluss, dass Arbeitslosigkeit keinen Effekt auf politisches Interesse hat. Bei „Berücksichtigung soziostruktureller Kompositionseffekte verschwinden Unterschiede zwischen Arbeitslosen und Erwerbstätigen nahezu vollständig“ (Faas 2010: 256). Andererseits wurde ein negativer Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und politischer Involviertheit in zahlreichen Analysen bestätigt (Anderson 2001; Emmenegger et al. 2015; Jahoda et al. 1975 [1933]; Rosenstone 1982). Das diesen Analysen zugrunde liegende Modell von Brady et al. (1995) besagt, dass Arbeitslosigkeit mit dem Verlust wichtiger *Ressourcen* einhergeht: politische Diskussionen und Rekrutierung am Arbeitsplatz, Einkommen und die Gelegenheit, staatsbürgerliche Kompetenzen (*civic skills*) zu kultivieren.

Wir halten diesen Ressourcenansatz für unzureichend, um Effekte von Arbeitslosigkeit auf politische Involviertheit zu erklären. Da der Ressourcenansatz nicht zwischen verschiedenen Phasen des Lebenszyklus unterscheidet, vernachlässigt er wichtige Erkenntnisse aus Studien zur politischen Sozialisation. Diese legen nahe, dass arbeitsplatzbasierte Ressourcen ihre Bedeutung vor allem in jungen Jahren entfalten. Nach Abschluss dieser Phase sind politische Einstellungen und Handlungstendenzen zunehmend habituell und weitgehend pfadabhängig (Dinas 2013; Rippl 2015; Schuman & Scott 1989). Aufbauend auf dieser Erkenntnis erweitern wir den klassischen Ressourcenansatz um einen Lebenszyklusaspekt: Arbeitsplatzbasierte Ressourcen spielen eine wichtige Rolle in der politischen Sozialisation, und Arbeitslosigkeit kann diesen Sozialisationsprozess nachhaltig beeinträchtigen. Weil jedoch politische Involviertheit ‚aus Gewohnheit‘ in der Arbeitslosigkeit fortbesteht, nimmt das destruktive Potential von Arbeitslosigkeit über den Lebenszyklus ab.

Unser zweiter Beitrag ist, auf soziale Integration als Quelle individueller Unterschiede in Arbeitslosigkeitseffekten hinzuweisen. Wir argumentieren, dass besser in soziale Netzwerke eingebundene Menschen leichter politisch relevante Interaktionen außerhalb des Arbeitsplatzes herstellen können. In Ermangelung eines geeigneten Maßes zur Erfassung sozialer Netzwerke untersuchen wir das Persönlichkeitsmerkmal Extrovertiertheit (das theoretisch und empirisch mit der Größe und Qualität sozialer Netzwerke zusammenhängt).

Drittens leisten wir einen methodischen Beitrag, indem wir die weitgehend auf Querschnittsdaten beruhende Literatur zu Arbeitslosigkeit und politischer Involviertheit um eine Längsschnittstudie erweitern.

Konkret analysieren wir, ob Phasen der Arbeitslosigkeit politisches Interesse verringern. Politisches Interesse misst den Grad an Aufmerksamkeit oder Neugier für politische Ereignisse. Politisches Interesse ist damit eine Voraussetzung politischer Involviertheit. Desinteresse bedeutet im Extremfall politische Apathie und äußert sich zum Beispiel durch geringere politische Informiertheit und weniger klare politische Präferenzen, weshalb „die Notwendigkeit von politischem Interesse seitens der Bürger für die Lebensfähigkeit einer Demokratie allgemein anerkannt ist“ (van Deth 2013: 271). Interesse muss als grundlegende Haltung von politischer Beteiligung unterschieden werden, mit der sie aber stark korreliert (Prior 2010; van Deth 2013). Der Vorteil von politischem Interesse als abhängiger Variable ist, dass wir uns nicht auf einzelne (konventionelle oder unkonventionelle) Partizipationsformen beschränken müssen, sondern ein geeignetes Maß für die latente Wahrscheinlichkeit politischer Involviertheit insgesamt haben. Ein weiterer Vorteil von politischem Interesse als abhängiger Variable ist, dass es eine relativ stabile Disposition ist (Grob 2006, 2009; Neundorff et al. 2013; Prior 2010), was unsere Untersuchung zu einem konservativen Test von Arbeitslosigkeitseffekten macht. Gleichzeitig ist auf wichtige Beschränkungen hinzuweisen. Wir können mit unseren Daten keine Aussagen darüber treffen, ob sich Interesse in Beteiligung – und, wenn ja, in konventionelle oder unkonventionelle Beteiligung – überträgt. Mangels detaillierter Informationen können wir letztlich auch nicht empirisch nachzeichnen, ob sich Desinteresse aus rein persönlichen oder anderen Faktoren speist, etwa resignierende Frustration über politische Eliten oder soziale Ungleichheit.

Unsere Analyse der Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)¹ von 1985 bis 2011 zeigt einen negativen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und politischem Interesse, der fast ausschließlich von jungen Arbeitsmarktteilnehmenden getragen wird. Dabei spielen individuelle Unterschiede eine Rolle. Im Gegensatz zu jungen introvertierten Arbeitslosen beobachten wir keine Beeinträchtigung des politischen Interesses von extrovertierten Arbeitslosen. Abschließend zeigen wir, dass die negativen Effekte früher Arbeitslosigkeitserfahrungen noch nach mehr als zehn Jahren feststellbar sind, selbst wenn für spätere Arbeitsmarkterfahrungen und aktuelle Beschäftigungsunsicherheit kontrolliert wird. Damit unterstreichen unsere Ergebnisse die weit verbreitete Sorge um eine politische Apathie junger Arbeitsloser.

2 Beschäftigung und politische Involviertheit: Eine um Sozialisationsprozesse erweiterte Ressourcenperspektive

Trotz einer langen Tradition in der politischen Soziologie und trotz offenkundiger sozialer Relevanz haben die Effekte von Arbeitslosigkeit auf politische Involviertheit in den letzten Jahren nur wenig Beachtung in der wissenschaftlichen Literatur gefunden. In der klassischen Marienthal-Studie haben Jahoda et al. (1975 [1933]) gezeigt, wie Arbeitslosigkeit politisches Interesse und Beteiligung erodieren lässt. In der Folge wurde dieser Zusammenhang vor allem in den USA untersucht (Lim & Sander 2013; Rosenstone 1982; Schur 2003; siehe Anderson 2001 und Gallego 2007 für vergleichende Studien und Faas 2010 für eine umfassende Analyse zu Deutschland). Allerdings wurde der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und politischer Involviertheit nicht in allen Untersuchungen bestätigt (Schlozman & Verba 1979), und auch der zu Grunde liegende Kausalmechanismus ist unklar. Laut Faas (2010: 250) ist theoretisch „ein Anstieg des Interesses ebenso wie ein Rückgang des Interesses in Folge eigener Arbeitslosigkeit (...) plausibel“ (siehe auch Burden & Wichnowsky 2014).

Ein Rückgang politischen Interesses infolge von Arbeitslosigkeit wird in der Regel mit dem Verlust von *Ressourcen* erklärt, die an den Arbeitsplatz geknüpft sind.

Eine erste, simple Version dieses Arguments konzentriert sich auf das Einkommen und basiert auf der (vagen) Annahme, dass wirtschaftliche Probleme die individuellen Prioritäten von sozialen zu persönlichen Belangen verlagern. Rosenstone (1982) argumentiert beispielsweise, dass Arbeitslose durch Einkommenseinbußen und den damit verbundenen Sorgen gezwungen sind, ihre (knappen) Ressourcen auf die Verbesserung ihrer Lage zu konzentrieren anstatt auf abstrakte Angelegenheiten wie Politik. Dieser Sichtweise zufolge wirkt Arbeitslosigkeit ausschließlich durch wirtschaftliche Sorgen auf politische Involviertheit. Streng genommen sollte Arbeitslosigkeit folglich keinen unabhängigen Effekt haben, wenn für die (kausal nachgelagerten) Einkommensveränderungen kontrolliert wird.

Brady et al. (1995) liefern ein erweitertes Ressourcenargument, das neben Einkommen auch staatsbürgerliche Kompetenzen (*civic skills*) betont. Menschen erwerben demnach in nicht-politischen Kontexten wichtige Fähigkeiten, die eine aktive Teilnahme am politischen Leben fördern oder erst ermöglichen. Dazu gehören etwa die Fähigkeit zur Kommunikation in und der Organisation von Entscheidungsprozessen. Der Arbeitsplatz ist diesem Modell nach eine der wichtigsten Ausbildungsstätten für staatsbürgerliche Kompetenzen. Das Argument ähnelt damit dem „spill-over model“ (Pateman 1970; Sobel 1993), demzufolge Beteiligung an betrieblichen Entscheidungsprozessen politische Involviertheit fördert (Adman 2008; Schur 2003; Smets 2016). Darüber hinaus wird häufig betont, dass Beschäftigung mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, an politischen Diskussionen teilzunehmen und von politischen Organisationen (vor allem Gewerkschaften) mobilisiert zu werden (Schlozman et al. 1999). Wir formulieren folglich als erste Hypothese:

Arbeitslosigkeit verringert politisches Interesse unabhängig vom Alter (staatsbürgerliche-Kompetenzen-Hypothese).

Dieses zweite Ressourcenmodell bietet insgesamt eine überzeugende Erklärung für die positive Wirkung von Beschäftigung auf politische Involviertheit. Staatsbürgerliche Kompetenzen und politisch relevante Interaktion sind Ressourcen, die stark (wenn auch sicherlich nicht ausschließlich) an den Arbeitsplatz geknüpft sind. Allerdings ist – und das ist unsere zentrale Kritik – der Umkehrschluss irreführend. Studien zum Effekt von Arbeitslosigkeit auf politische Involviertheit verweisen häufig auf das Ressourcenmodell oder entsprechende Ausstrahleffekte als Erklärung (Burden & Wichnowsky 2014; Lim & Sander 2013; Lorenzini & Giugni 2012; Schur 2003). Dieser Ansatz hat aber gar nicht das Ziel, Arbeitslosigkeitseffekte zu erklären. Brady et al. (1995: 273) stellen lediglich fest, dass staatsbürgerliche Kompetenzen in einem Sozialisa-

¹ Die in diesem Artikel verwendeten Daten des Sozio-ökonomischen Panels wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung bereitgestellt (doi: 10.5684/soep.v28).

tionsprozess am Arbeitsplatz erworben werden können. Entsprechend machen sie keine Aussage darüber, wie staatsbürgerliche Kompetenzen und andere Ressourcen von einem Arbeitslosigkeitsschock beeinflusst werden.

Insbesondere vernachlässigten Studien, die auf dem Ressourcenmodell von Brady et al. (1995) beruhen, die Möglichkeit eines Habituationseffektes. Infolge eines solchen Effekts wäre der Sozialisationsprozess weitgehend irreversibel. Sobald die Sozialisation abgeschlossen und politisches (Des-)Interesse zur Gewohnheit geworden ist, hätte Arbeitslosigkeit keinen oder nur einen geringen Effekt. Aus dieser Perspektive kann das Ressourcenmodell die geringere Involviertheit von Gruppen erklären, die systematisch von Beschäftigung ausgegrenzt sind (wie Frauen nach Schlozman et al. 1999). Aber um den unmittelbaren Effekt eines Beschäftigungsverlustes zu erklären, muss es um eine Lebenszyklusperspektive ergänzt werden, die unterschiedliche Phasen politischer Sozialisation berücksichtigt.

Tatsächlich haben zahlreiche Sozialisationsstudien gezeigt, dass der Einfluss von Erlebnissen auf politische Orientierungen und politisches Verhalten vom Lebensabschnitt abhängt. Es wird häufig angenommen, dass politische Orientierungen in der Adoleszenz und im jungen Erwachsenenalter noch formbar sind, im weiteren Verlauf des Lebens aber weitgehend (wenn auch nicht vollständig) wandlungsresistent werden (Dinas 2013; Rippl 2015; Schuman & Scott 1989; Sears & Funk 1999; Smets 2016; Stoker & Jennings 2008).² Diese Wandlungsresistenz ab dem Erwachsenenalter konnte empirisch für politisches Interesse und für politische Beteiligung gezeigt werden (Gerber et al. 2003; Grob 2006, 2009; Plutzer 2002; Prior 2010).

Diese Sozialisationsperspektive hat drei wichtige Implikationen für die theoretisch zu erwartenden Effekte von Arbeitslosigkeit auf politisches Interesse. Erstens sollte bei einem Arbeitsplatzverlust nach Abschluss der politischen Sozialisation der oben angeführte Habituationseffekt zum Tragen kommen. Ältere (oder nicht mehr junge) Arbeitslose interessieren sich aus Gewohnheit (nicht) für Politik. Sie müssen folglich nicht (mehr) staatsbürgerliche Kompetenzen einüben oder sich an politischen Diskussionen beteiligen, um dieses Interesse aufrecht zu erhalten. Mit anderen Worten: Wir erwarten, dass bei älteren Arbeitslo-

sen die Resistenz der Gewohnheit nach einer Anpassungsphase überwiegt (Plutzer 2002).

Zweitens weist eine Sozialisationsperspektive darauf hin, dass Arbeitslosigkeit in einem frühen Stadium der politischen Sozialisation gravierende Folgen für den Erwerb politischen Interesses haben kann. Jugendsoziologisch betrachtet ist der Berufseinstieg ein wichtiger Teil des Übergangs in das Erwachsenenalter. Neben der Berufsrolle ist die Rolle als politisch aktive Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Aspekt dieses Statusübergangs (Hurrelmann 2004). Demnach sollte der Berufseinstieg zu einer Identitätsbildung und Rollenanforderung beitragen, die selbständiges politisches Interesse beinhaltet. Arbeitslosigkeit, insbesondere kurz nach dem Berufseintritt, bedroht das Gelingen dieses Übergangs. Sie könnte deshalb die identitätsstiftende Wirkung der Berufsrolle (und mit ihr die Entfaltung des politischen Interesses) beeinträchtigen. Neben dem Einfluss auf die Persönlichkeit junger Menschen dürfte der Arbeitsplatz unmittelbar als Instanz politischer Sozialisation wirken (Claußen 2002). Dies beinhaltet sowohl die Vermittlung von Kompetenzen (wie von Brady et al. 1995 und dem oben erwähnten „spill-over model“ nahegelegt) als auch von Neugier und Interesse, die sich zum Beispiel aus politischen Diskussionen am Arbeitsplatz oder gewerkschaftlicher Mobilisierung ergeben können (vgl. Schlozman et al. 1999). Tatsächlich sind politisches Interesse und andere Orientierungen (trotz der enormen Bedeutung familiärer Prägung) im Alter um den Berufseinstieg noch formbar (Becker & Mays 2003; Grob 2006, 2009). Die Bedeutung der Erwerbsbeteiligung für die politische Sozialisation in dieser Phase lässt sich empirisch nachweisen (Meulemann & Birkelbach 2001).

Wenn der Berufseinstieg tatsächlich zentral für die Herausbildung politischer Identitäten, Kompetenzen und Orientierungen ist, dann sollte Arbeitslosigkeit in jungen Jahren (bzw. kurz nach Berufseinstieg) diesen Prozess erheblich beeinträchtigen. Junge Arbeitslose sind plötzlich von Gruppen ausgeschlossen, die sie mit politischen Ideen konfrontieren oder in denen sie staatsbürgerliche Kompetenzen einüben könnten. Anstelle der mit Erwerbstätigkeit verbundenen gesellschaftlichen Anerkennung tritt Stigmatisierung und Scham, was neben dem Sozialleben unter anderem auch Selbstvertrauen, Selbstwirksamkeit und die Gesundheit beeinträchtigen kann (Brand 2015; Jahoda 1982; Paul & Moser 2009). In einem frühen Stadium politischer Sozialisation ist politisches Interesse möglicherweise nicht hinreichend gefestigt, um einem solchen Schock zu überdauern. Folglich ist es möglich, dass bisherige Studien, basierend auf dem Durchschnitt aller Altersgruppen, den Effekt von Arbeitslosigkeit in jungen Jahren unterschätzt haben, während sie den Effekt von

² Die Sozialisationsliteratur spezifiziert nicht eindeutig, *warum* die Beeinflussbarkeit in jungen Jahren höher ist (Dinas 2013): wegen der höheren Dichte an einschneidenden Erlebnissen oder weil die gleichen Erlebnisse einen stärkeren Eindruck hinterlassen. Da wir mit dem Arbeitsmarkteintritt ein Erlebnis untersuchen, das fast ausschließlich in jungem Alter stattfindet, können wir den Einfluss von Alter und Erlebnis nicht empirisch auseinanderhalten.

Arbeitslosigkeit auf Ältere überschätzt haben. Aus diesen Überlegungen folgt als zweite Hypothese:

Arbeitslosigkeit verringert politisches Interesse nur in den Jahren unmittelbar nach dem Berufseinstieg (Sozialisationshypothese).

Drittens folgt aus dem Sozialisationsmodell, dass Erlebnisse in jungem Alter einen bleibenden Effekt auf politische Orientierungen haben können (Dinas 2013; Firebaugh & Chen 1995; Klofstad 2010). Bei Arbeitslosigkeit stellt sich folglich die Frage nach der Langzeitwirkung. Menschen, deren politische Sozialisation durch langanhaltende oder wiederkehrende Arbeitslosigkeit gestört wurde, erreichen möglicherweise nie das Niveau an politischem Interesse von Menschen mit reibungslosem Berufseinstieg und durchgängigen Erwerbsbiographien. In Analogie zur Arbeitsmarktsoziologie ließe sich von einem bleibenden ‚scarring‘ Effekt auf politisches Interesse sprechen (Gangl 2006). Wir formulieren folglich als dritte Hypothese:

Arbeitslosigkeit in jungen Jahren verringert politisches Interesse nachhaltig und unabhängig von späteren Arbeitslosigkeitserfahrungen (Scarring-Hypothese).

Es ist allerdings wichtig zu betonen, dass der Arbeitsplatz nur eine von mehreren Sozialisationsinstanzen ist (Brady et al. 1995; Rippl 2015). Wir erwarten daher, dass sich das Gewicht des Arbeitsplatzes (im Vergleich zu anderen Sozialisationsinstanzen) von Fall zu Fall unterscheidet. In der Jugendsoziologie wird zum Beispiel häufig auf den Einfluss der „Peer Group“ auf die politische Sozialisation verwiesen (Böhm-Kasper 2010; Rippl 2015; Quintelier 2015). Darauf aufbauend untersuchen wir, ob eine stärkere Einbettung in soziale Gruppen den Verlust des Arbeitsplatzes kompensieren kann.

Soziale Beziehungen als Ort politischer Diskussionen sind entscheidend für politische Willensbildungsprozesse und Teilhabe (Leighley 1996; Pattie & Johnston 2009; Quintelier et al. 2012). Wir vermuten daher, dass Menschen mit regelmäßigen und intensiven Interaktionen außerhalb des Arbeitsplatzes im Durchschnitt leichter ihr politisches Interesse aufrechterhalten können als Menschen, die wenige soziale Kontakte haben. Ein Grund hierfür ist, dass Erstere eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, politischen Informationen und Meinungen ausgesetzt zu sein. Darüber hinaus haben sie mehr Gelegenheit, in Diskussionen ihre politischen Kompetenzen auszubilden. Selbstverständlich hängt der Einfluss von Gruppen im Einzelfall von der tatsächlichen Bedeutung politischer Themen innerhalb der Gruppe ab (Rippl 2015; Grob 2009). Aber im Durchschnitt haben sozial gut integrierte Menschen eine höhere Wahrscheinlichkeit, Motivation und Kompetenz für politische Beteiligung zu entwickeln. Menschen mit schwacher sozi-

aler Interaktion sind folglich stärker betroffen, wenn der Arbeitsplatz als Sozialisationsinstanz wegfällt.

Die Bedeutung sozialer Netzwerke wird durch zahlreiche sozialpsychologische Studien bestätigt, die einen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und sozialer Isolation aufzeigen (Brandt 2015; Jahoda 1982). Für Deutschland gibt es auch empirische Hinweise, dass die soziale Integration und das Wohlbefinden Arbeitsloser erhöht werden können, wenn sie durch aktive Arbeitsmarktpolitik sozial eingebunden sind (Gundert & Hohendanner 2015; Wulframm 2011). Soziale Netzwerke sind also ohne Zweifel wichtige Ressourcen für Arbeitslose.

Wie lässt sich die Wahrscheinlichkeit häufiger sozialer und politischer Interaktion empirisch erfassen? Im Idealfall hätten wir umfassende Informationen über die Größe und Qualität von Netzwerken sowie über die individuelle Position innerhalb dieser Netzwerke. Leider ist das in unserem Datensatz nicht der Fall. Wir schlagen deshalb vor, das Persönlichkeitsmerkmal Extrovertiertheit zu betrachten, das konsistent mit diesen Variablen (Anderson et al. 2001; Jenson-Campbell et al. 2002; Ozer & Benet-Martinez 2006) sowie mit der Häufigkeit politischer Diskussionen (Gerber et al. 2012; Mondak et al. 2010) korreliert. Funder und Fast (2010: 679, unsere Übersetzung) fassen die Eigenschaften extrovertierter Menschen wie folgt zusammen: „kontaktfreudig, lebhaft und empfänglich für positive Emotionen. Extrovertierte Personen nehmen häufiger an Feiern teil, haben ein höheres subjektives Wohlbefinden, befinden sich häufiger in Führungspositionen, sind beliebter und leben länger.“

Diese Eigenschaften lassen es plausibel erscheinen, dass extrovertierte Menschen – im Gegensatz zu introvertierten Menschen – durch ihre soziale Einbettung eine höhere Resistenz gegen Arbeitslosigkeitseffekte aufweisen. Extrovertiertheit fördert folglich die Einbindung in alternative Netzwerke (zum Arbeitsplatz), die Motivation und Informationen für politische Involvierung bieten. Um diese Annahme zu untermauern, zeigen wir in Tabelle A3 im Appendix, dass Extrovertiertheit systematisch mit Indikatoren von sozialer Integration zusammenhängt. Konkret demonstrieren wir, dass sich extrovertierte Menschen in der Tat öfters ehrenamtlich und kommunalpolitisch betätigen.

Extrovertiertheit dient uns damit als Approximation der Einbindung in soziale Netzwerke und somit des Grades sozialer Integration. Dies hat, wie oben angedeutet, vor allem forschungspraktische Gründe. Soziale Integration hat mehrere Dimensionen und kann vielfältige Formen annehmen (Roßteutscher 2009), wodurch sie empirisch

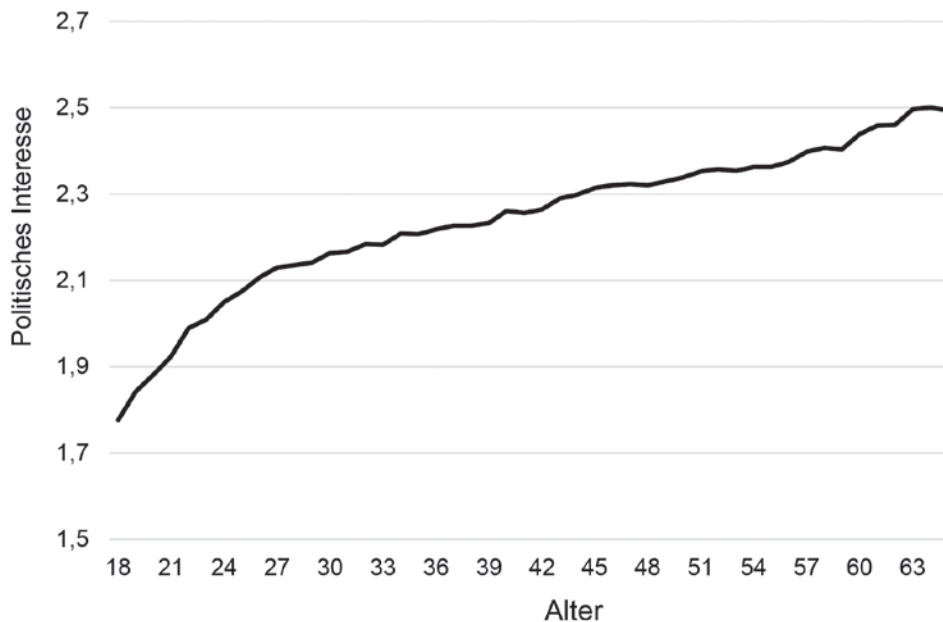


Abb. 1: Durchschnittliches politisches Interesse im SOEP nach Alter. Anmerkung: Politisches Interesse ist kodiert von 1 (niedrig) bis 4 (hoch). Die Abbildung zeigt das durchschnittliche Niveau an politischem Interesse über Alter für alle Beobachtungen im SOEP (auf Ebene der Personen-Jahre; gepoolt 1985–2011).

schwierig zu erfassen ist.³ Zudem besteht die Möglichkeit, dass soziale Netzwerke von Arbeitslosigkeitserfahrungen beeinflusst werden. Das Persönlichkeitsmerkmal Extrovertiertheit bietet uns im Gegensatz dazu eine relativ exogene (zeitlich stabile) und umfassende (mit vielen Formen sozialer Teilhabe korrelierte) Variable zur Approximation sozialer Integration. Wir untersuchen daher die Möglichkeit, dass Extrovertierte einen geringeren Rückgang an politischem Interesse aufweisen, wenn sie von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Aus diesen Überlegungen folgt als vierte Hypothese:

Arbeitslosigkeit verringert politisches Interesse besonders bei Menschen mit introvertierter Persönlichkeit (Extrovertiertheithypothese).

3 Methode und Daten

Die fast ausschließliche Verwendung von Querschnittsdaten in der Literatur über Arbeitsmarkterfahrungen und politisches Verhalten wird zunehmend hinterfragt (Adman 2008; Margalit 2013; Owens & Pedulla 2014). Zentral ist hierbei die Kritik, dass es mit Hilfe von Querschnittsdaten

nicht möglich ist, die kausale Bedeutung von Arbeitsmarkterfahrungen und Selektionsmechanismen zu trennen. Es dürfte unstrittig sein, dass Arbeitslose und Beschäftigte sich in vielerlei Hinsicht unterscheiden (Faas 2010; Schlozman & Verba 1979). Für einige dieser Unterschiede lässt sich nur schwer oder gar nicht mit multivariaten Verfahren kontrollieren. Zudem verleiten Querschnittsdaten zu einem „Fehlschluss angenommener Umkehrbarkeit“ (Plutzer 2002). Querschnittsanalysen produzieren Schätzer, denen die im Datensatz beobachteten Arbeitslosen zu Grunde liegen. Ihre Interpretation beruht auf der Annahme, dass ein hypothetischer Arbeitsplatzverlust zu einer Anpassung an den unter Arbeitslosen gemessenen Durchschnitt führt. Dieses scheinbare Kontrafaktum beruht aber nicht auf den beobachteten Folgen von Stellenverlusten und kann den theoretisch zu erwartenden Habituationseffekt nicht vollständig erfassen.

Unsere Analyse beruht deshalb auf den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und umfasst alle Wellen zwischen 1984 und 2011 (SOEP v28.1). Unser methodischer Ansatz ergibt sich aus dem typischen Verlauf politischen Interesses über den Lebenszyklus. Wie Abbildung 1 zeigt, beginnt dieser in der Regel mit einem starken Wachstum in jungen Jahren und setzt sich mit einem abflachenden Wachstum in späteren Jahren fort (vergleiche hierzu auch Neundorff et al. 2013).

Abbildung 2 zeigt ein stilisiertes Beispiel für den Einfluss von Arbeitslosigkeit auf diese Entwicklung. Unmittel-

³ In der Tat liefern die in dieser Studie verwendeten Daten eine sehr begrenzte Auswahl an erhobenen Fragen, die zudem nur im Jahr 2005 verfügbar sind.

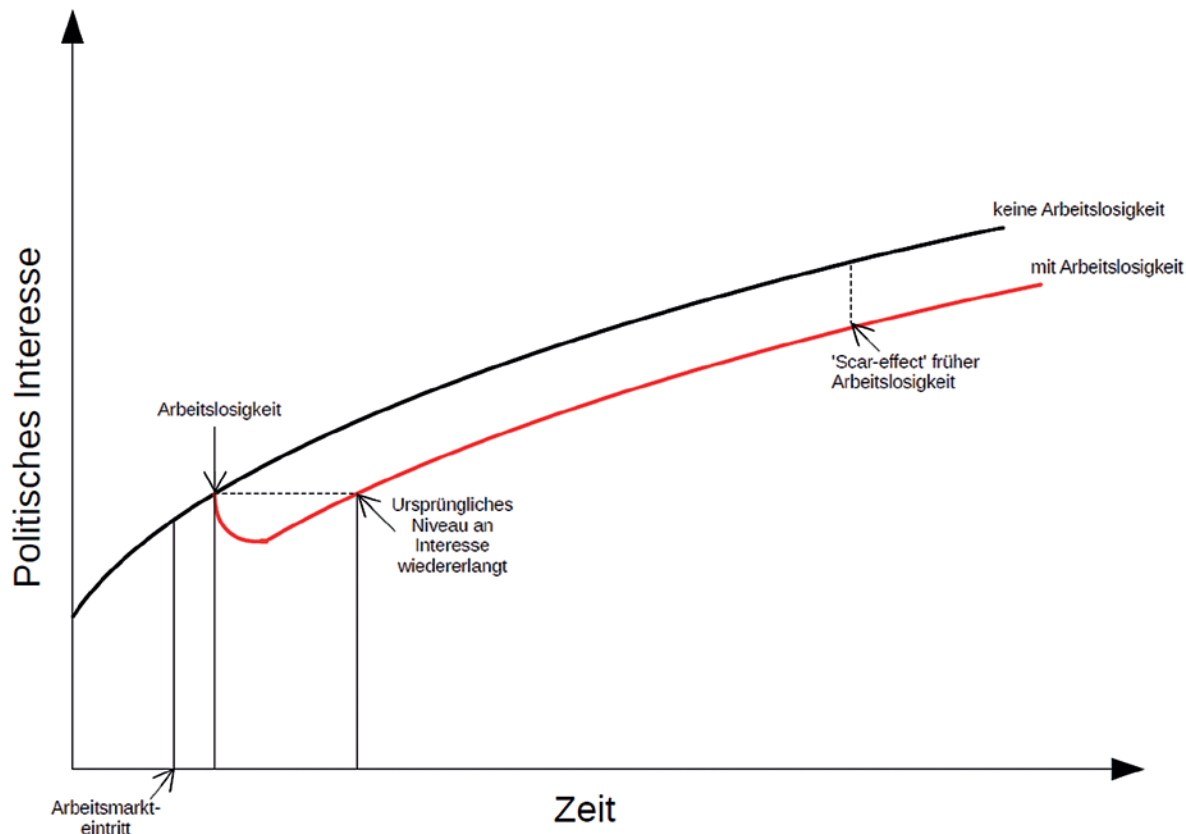


Abb. 2: Stilierte Entwicklung politischen Interesses nach dem Arbeitsmarkteintritt und theoretischer Effekt früher Arbeitslosigkeitserfahrung

bar nach dem Berufseinstieg auftretende Arbeitslosigkeit verringert das politische Interesse. Allerdings führt das altersspezifische Wachstum dazu, dass das ursprüngliche Niveau nach einigen Jahren wieder erreicht wird. Dieser allgemeine Wachstumstrend ist wichtig für unsere intrapersonelle Analyse, weil die Differenz von null zwischen zwei Zeitpunkten einen negativen Effekt anzeigen kann (der Effekt drückt sich also im Fehlen des altersspezifischen Wachstums aus). Die entscheidende (empirisch zu beantwortende) Frage ist, ob das politische Interesse der Arbeitslosen im weiteren Verlauf wieder zu dem Niveau der Personen ohne Arbeitslosigkeitserfahrung aufschließt oder ob – wie in Abbildung 2 angedeutet – eine bleibende Kluft entsteht. Wir sind demnach an zwei Phänomenen interessiert. Erstens untersuchen wir den unmittelbaren Effekt von Arbeitslosigkeit auf politisches Interesse zu verschiedenen Zeitpunkten im Lebenszyklus.⁴ Zweitens analysieren wir den bleibenden Effekt früher Arbeitslosigkeit.

⁴ Theoretisch könnten hier auch Kohortenunterschiede vorliegen. Die in Abbildung 1 dargestellte Entwicklung wird in der Literatur aber in aller Regel als Lebenszykluseffekt interpretiert (Glenn &

Wir sind ausschließlich an Studienteilnehmenden interessiert, die am Arbeitsmarkt partizipieren. Unser Untersuchungszeitraum beginnt daher für jeden Befragten mit dem ersten individuell beobachtbaren Jahr in Arbeit.⁵ Dies erlaubt es uns, den Effekt einer Arbeitslosigkeitserfahrung auf politisches Interesse innerhalb dieses Beobachtungszeitraums zu untersuchen. Bei Personen mit mehrfachen Arbeitslosigkeitserfahrungen berücksichtigen wir nur die erste.

Grimes 1968; Neundorf et al. 2013; Prior 2010). Diese Interpretation finden wir auch in einer separaten Analyse bestätigt. Die Berücksichtigung von Kohorten-Dummies beeinflusst unsere Ergebnisse nicht. ⁵ Mit anderen Worten umfasst die aktive Stichprobe nur Personen, die schon mindestens einmal im Leben gearbeitet haben. Effekte eines nicht gelingenden oder erschwerten Berufseinstiegs werden folglich durch diese Studie nicht erfasst. Abbildung A1 im Anhang zeigt die Verteilung der Beobachtungen bei t_0 über den Analysezeitraum. Durch regelmäßiges Auffüllen des Panels verteilen sich die Fälle relativ gleichmäßig über den ganzen Zeitraum. Da diese Auffrischungsstichproben auch Veränderungen in der deutschen Bevölkerung kompensieren müssen (z. B. Immigrationsprozesse oder die deutsche Wiedervereinigung), lassen sich in der Verteilung trotzdem Ausschläge beobachten (Kroh et al. 2014).

Das SOEP enthält eine Variable zur Messung politischen Interesses (kodiert von eins bis vier), die jährlich erhoben wird.⁶ Basierend auf dieser Information berechnen wir die Differenz im politischen Interesse zwischen Ausgangszeitpunkt und späteren Messpunkten (zum Beispiel die Differenz zwischen dem politischen Interesse im ersten beobachtbaren Jahr in Arbeit und dem politischen Interesse vier Jahre später) und verwenden diese als abhängige Variable. Dieser Fokus auf *intrapersonelle* Veränderungen ermöglicht es uns, zeitlich konstante *interpersonelle* Heterogenität (Selektionseffekte) herauszufiltern. Allerdings kann die abhängige Variable auch von konstanten Faktoren beeinflusst werden, weshalb wir nichtsdestotrotz für eine Reihe solcher konstanter Faktoren kontrollieren müssen (siehe unten).

Diese Analysestrategie bringt entscheidende Vorteile. Die Beschränkung auf jeweils zwei weiter auseinander liegende Beobachtungszeiträume (anstelle der Verwendung von Varianz über mehrere Wellen) ist vorteilhaft, weil sowohl Arbeitslosigkeit als auch politisches Interesse geringe Varianz über die Zeit aufweisen (Prior 2010).⁷ Die Alternative von fixed-effects Modellen mit mehreren Wellen beruht auf der Annahme, dass sich Arbeitslosigkeitsschocks (und der Wiedereinstieg in Beschäftigung) direkt auf politisches Interesse auswirken. Diese Annahme ist aber auf Grund der bekannten Wandlungsresistenz unserer abhängigen Variable unrealistisch (eine ähnliche Argumentation findet sich in der Studie von Adman 2008: 133). In jedem Fall sollte das zeitliche Muster von Arbeitslosigkeitseffekten nicht allein unterstellt werden, sondern Bestandteil der empirischen Analyse sein.⁸ Hierfür bietet unser Ansatz mehr Flexibilität. Anstatt jährliche Kovarianz zu analysieren, können wir Abstände zwischen den Messpunkten verändern. Damit können wir auch die plausible Möglichkeit in Betracht ziehen, dass Individuen Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum erfahren müssen, bevor sich diese auf ihr politisches Interesse niederschlägt.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich folgende zu schätzende Gleichung:

$$\Delta PI_{t+x} = \beta_0 + PI_{t0} + \beta_1 \text{Arbeitslosigkeit} + \beta_2 \Delta \text{Einkommen} + \beta_3 X + \varepsilon$$

Diese Gleichung erklärt also individuelle Veränderungen von politischem Interesse (PI) zwischen t_0 (erstes beobachtbares Jahr in Arbeit) und einem späteren Zeitpunkt t_x . Um mögliche Decken- oder Bodeneffekte zu berücksichtigen, nehmen wir den Ausgangswert von politischem Interesse als erklärende Variable in unser Modell auf. X steht für einen Vektor mit zeitlich konstanten Kontrollvariablen, welche die Veränderung des politischen Interesses beeinflussen könnten (vor allem die Wachstumsrate). Zur Messung von Arbeitslosigkeitserfahrungen erstellen wir eine dichotome Variable, die den Wert eins annimmt, wenn der Arbeitsmarktstatus in einem bestimmten Jahr als ‚arbeitslos‘ angegeben wird. Mehrjährige Arbeitslosigkeitserfahrungen einer Person kumulieren wir, während wir vergangene Erfahrungen diskontieren. Diese Vorgehensweise erlaubt es uns, sowohl die Intensität und Länge der Arbeitslosigkeitserfahrung als auch die Persistenz vergangener Erfahrungen zu modellieren. Der resultierende Indikator addiert für jede neue Arbeitslosigkeitserfahrung eine Eins, während er vergangene Arbeitslosigkeitserfahrungen nach einer Diskontierung beibehält. Die konkrete Berechnung erfolgt anhand der folgenden Formel (eine ähnliche Vorgehensweise findet sich in Emmenegger et al. 2015):

$$AL_{\text{diskontiert}} = AL_t + AL_{t-1} \delta + AL_{t-2} \delta^2 \dots + AL_{t-n} \delta^n$$

AL steht in dieser Gleichung für die wellenspezifische Arbeitslosigkeitserfahrung (indiziert mit t) und δ für den Diskontierungsfaktor, den wir auf 0,7 setzen. Demnach verringert sich das Gewicht einer Arbeitslosigkeitserfahrung um etwa die Hälfte im Zeitraum von zwei Jahren ($0,7 \times 0,7 = 0,49$). Eine drei Jahre andauernde Arbeitslosigkeitserfahrung führt demnach zu einem Wert von 2,19 ($= 0,49 + 0,7 + 1$). Unsere Ergebnisse sind robust, wenn wir stattdessen die Diskontierungsfaktoren $\delta = 0,6$ oder $\delta = 0,8$ verwenden oder ganz auf die Diskontierung verzichten ($\delta = 1$).

Eine wichtige Variable ist die Veränderung des Haushaltseinkommens über den jeweiligen Beobachtungszeitraum. Hierzu nutzen wir die SOEP-Variable zum Nettohaushaltseinkommen. Gemäß Rosenstone (1982) sollte der gesamte Effekt von Arbeitslosigkeit durch Einkommensrückgänge vermittelt werden. Wir berechnen daher die Veränderung des Haushaltseinkommens über den Schätzzeitraum. Darüber hinaus kontrollieren wir für zeitlich invariante Variablen, die mit unterschiedlichen Wachstumstrends korreliert sein könnten. Dies sind Ge-

⁶ Die Frage lautet: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“

⁷ Die Korrelation zwischen politischem Interesse in t_0 und t_1 beträgt beispielsweise 0,68.

⁸ Prinzipiell können zeitliche Muster in fixed-effects Modellen mit sogenannten ‚lags‘ und ‚leads‘ modelliert werden. Fehlende Informationen über die Zeit vor dem Berufseinstieg führen aber dazu, dass viele Befragte aus dem Sample fallen. Diese Modelle bereiten zudem ökonometrische Probleme (wie Multikollinearität und Nickell Bias).

schlecht, Wohnsitz in den neuen Bundesländern und die Anzahl der Ausbildungsjahre.

Unser Sozialisationsargument besagt, dass Arbeitslosigkeit besonders schwerwiegende Effekte auf das politische Interesse von Berufseinsteigerinnen und -einsteigern haben sollte. Zur Operationalisierung des Berufseinstiegs nutzen wir eine Variable, welche die Gründe für den Wechsel im Arbeitsmarktstatus abbildet, unter anderem erstmalige Erwerbstätigkeit. Selbstverständlich waren viele Befragte bereits beschäftigt, bevor sie in die SOEP-Befragung eingetreten sind. Demnach sind lediglich 4.245 der 36.683 Studienteilnehmenden im t_0 -Querschnitt Berufseinsteigerinnen bzw. -einsteiger.

Unser Maß für Extrovertiertheit basiert auf den ‚Big Five‘-Persönlichkeitsmaßen. Das SOEP erfasst Extrovertiertheit mit drei Items (kommunikativ, gesellig, zurückhaltend), die im Jahr 2005 erhoben wurden. Wir erstellen unser Extrovertiertheitsmaß mit einer Faktorenanalyse der drei Items, die wir so kodieren, dass höhere Werte stärkere Extrovertiertheit anzeigen. Da Persönlichkeitsmaße als stabile Charakterzüge gelten, können wir eine geringe zeitliche Varianz annehmen. Wir verwenden daher die Persönlichkeitsmaße aus dem Jahr 2005 über alle Wellen.

Im zweiten Schritt unserer Analyse untersuchen wir, ob die Effekte früherer Arbeitslosigkeit andauern. Diese Analyse beruht auf einer Querschnittsregression, in der wir das politische Interesse im Jahr 2011 mit Hilfe von vorangegangenen Arbeitsmarkterfahrungen und Kontrollvariablen erklären. Wir beschränken die Analyse auf Beschäftigte im Alter zwischen 40 und 65 Jahren, um genügend Abstand zwischen frühen Arbeitsmarkterfahrungen und dem Analysezeitraum zu lassen (d. h. mindestens zehn Jahre).

Als erklärende Variablen unterscheiden wir zwischen Arbeitslosigkeitserfahrungen, die im Alter von 30 Jahren oder davor aufgetreten sind, und solchen, die danach stattgefunden haben. Beide Variablen sind dichotom und nehmen den Wert eins an, wenn eine solche Erfahrung gemacht wurde. Wir berücksichtigen nur Arbeitslosigkeitserfahrungen, die mindestens drei Monate angedauert haben. Von den 10.124 Personen in unserer Analyse weisen 606 eine Arbeitslosigkeitserfahrung auf, die im Alter von 30 Jahren oder davor stattgefunden hat. Wir kontrollieren für die gegenwärtige Beschäftigungsunsicherheit mit einer binären Variable, die den Wert eins annimmt, wenn Befragte angeben, sich um den Verlust ihrer Stelle zu sorgen. Weiter kontrollieren wir für Alter, Geschlecht, Jahre in Bildung, Wohnsitz in den neuen Bundesländern, Berufsgruppe, Kirchganghäufigkeit, Migrationshintergrund, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Haushaltseinkommen und Familienstand (Prior 2010; Rosenstone 1982; Schlozman

et al. 1999; Schur 2003; van Deth 2013). Die Operationalisierung der Variablen kann Tabelle A1 im Anhang entnommen werden.

4 Ergebnisse

4.1 Kurzfristige Effekte von Arbeitslosigkeit

Um unsere erste Hypothese zu untersuchen, beginnen wir mit einer Analyse der gesamten Strichprobe unabhängig vom Alter. Gemäß Rosenstone (1982) verringert Arbeitslosigkeit unabhängig vom Alter politisches Interesse. Dieser Rückgang wird aber ausschließlich durch Einkommensrückgang vermittelt. Unsere ‚staatsbürgerliche-Kompetenzen-Hypothese‘ besagt ebenfalls, dass Arbeitslosigkeit politisches Interesse verringert, allerdings unabhängig vom Einkommensrückgang. In Tabelle 1 zeigen wir Regressionsmodelle mit der Differenz im politischen Interesse zwischen t_0 und t_4 als abhängiger Variable.

Warum wählen wir den Zeitraum zwischen t_0 und t_4 für unsere Analyse? Wie oben bereits erläutert, betrachten wir die Auswahl des Zeitraums als empirische Frage. In einer Hintergrundanalyse (siehe Abbildung A2 im Anhang) haben wir den Effekt früher Arbeitslosigkeit (arbeitslos in t_1 und/oder t_2) untersucht. Hier konnten wir den u-förmigen Effekt beobachten, der auch in Abbildung 2 oben angedeutet wird. Der negative Effekt ist am stärksten in t_3 , während das Wachstum spätestens zwei Jahre nach der Arbeitslosigkeitserfahrung wieder einsetzt. Die Auswahl eines sehr späten Zeitpunktes (z. B. t_5) birgt deshalb die Gefahr, den intrapersonellen Effekt vollständig zu verlieren, da das altersbedingte Wachstum den arbeitslosigkeitsbedingten Verlust an politischem Interesse bereits kompensiert hat. Ein zu kurzer Zeitraum (z. B. t_2) vermindert demgegenüber die Möglichkeit, dass Studienteilnehmende genügend Arbeitslosigkeitserfahrungen akkumulieren können. Der Zeitraum zwischen t_0 und t_4 (mit möglichen Arbeitslosigkeitserfahrungen ab t_1) eröffnet uns demnach einen angemessenen Mittelweg.

Modell 1 der Tabelle 1 zeigt den Effekt von Arbeitslosigkeit auf die Veränderung des politischen Interesses ohne Kontrollvariablen. Arbeitslosigkeit hat einen negativen, substantiell kleinen, aber stark signifikanten Effekt. Dieser verschwindet jedoch, wenn Kontrollvariablen in das Modell aufgenommen werden (Modell 2). Diese Ergebnisse liefern folglich keine oder nur schwache Belege für die staatsbürgerliche-Kompetenzen-Hypothese, da Arbeitslosigkeit keinen unabhängigen, robusten Effekt auf die Veränderung des politischen Interesses hat. Allerdings

bekräftigt die Analyse auch nicht die Rolle wirtschaftlicher Notlagen (Rosenstone 1982), da der Einkommensrückgang ebenfalls keinen nennenswerten Effekt hat (was sich auch in den weiteren Analysen bestätigen wird).

Tab. 1: First-difference Modelle Δ Politisches Interesse t_0 bis t_4

	(1)	(2)	(3)
Politisches Interesse t_0	-0,425*** (0,006)	-0,490*** (0,007)	-0,492*** (0,007)
Arbeitslosigkeit	-0,036*** (0,012)	-0,006 (0,012)	0,001 (0,012)
Δ Einkommen		-0,001 (0,001)	-0,001 (0,001)
Neue Bundesländer		-0,044*** (0,012)	-0,044*** (0,012)
Jahre in Bildung		0,043*** (0,002)	0,043*** (0,002)
Weiblich		-0,165*** (0,010)	-0,166*** (0,010)
Berufseinsteiger/ Innen			-0,020 (0,016)
Berufseinsteiger/ Innen*			-0,077** (0,039)
Arbeitslosigkeit			0,973*** (0,043)
Konstante	1,013*** (0,033)	0,966*** (0,043)	
Beobachtungen	17'389	17'389	17'389
R ²	0,272	0,301	0,302

Robuste Standardfehler in Klammern; *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$; alle Modelle enthalten Jahres-Dummies.

Unsere zweite Hypothese besagt, dass Arbeitslosigkeit politisches Interesse vor allem bei jungen Arbeitsmarktteilnehmenden beeinflusst. Um diese Vermutung zu untersuchen, erweitern wir das Modell um eine dichotome Variable, die den Wert eins annimmt, wenn es sich bei den Befragten zum Zeitpunkt t_0 um Berufseinsteigerinnen und -einsteiger (BE) handelt. Diese Variable interagieren wir zudem mit unserem Arbeitslosigkeitsindikator. Diese Interaktion erlaubt es uns zu überprüfen, ob der negative Effekt von Arbeitslosigkeit auf politisches Interesse primär unter BE vorherrscht. Wie die Ergebnisse in Modell 3 zeigen, ist der Interaktionseffekt signifikant und hat das erwartete negative Vorzeichen. Arbeitslosigkeit führt demnach zu einer deutlich stärkeren Verringerung des politischen Interesses unter BE im Vergleich zum Rest der Stichprobe. Verglichen mit dem in Modell 1 beobachteten negativen Effekt von Arbeitslosigkeit ist der Interaktionseffekt zudem substantiell groß. Insgesamt legt dies nahe,

dass der in Modell 1 beobachtete Effekt ausschließlich von BE getragen wird.

Die in Tabelle 1 präsentierten Analysen unterstützen folglich unsere Sozialisationshypothese, aber nicht die staatsbürgerliche-Kompetenzen-Hypothese, die einen altersunabhängigen Effekt erwarten lässt. Dieser Befund wird durch eine getrennte Analyse von unterschiedlichen Altersgruppen und BE bestätigt. Abbildung 3 fasst die Ergebnisse zusammen (die zu Grunde liegende Regressionsstabelle A2 befindet sich im Anhang). Die Abbildung zeigt die marginalen Effekte von Arbeitslosigkeit (sowie die 95-Prozent-Konfidenzintervalle) in Stichproben mit verschiedenen Altersbeschränkungen. Von der Gesamtstichprobe auf der linken Seite der Abbildung bis zu der Gruppe von Studienteilnehmenden unter 25 Jahren ist ein ansteigender negativer Effekt zu beobachten. Obwohl die Stichprobengröße abnimmt (und Konfidenzintervalle daher größer werden), ist der Effekt nur für junge Studienteilnehmende signifikant von null verschieden.

Wie weiter oben angemerkt, ist theoretisch nicht geklärt, ob der stärkere Effekt auf junges Alter *an sich* zurückzuführen ist oder ob er durch die Tatsache erklärbar ist, dass junges Alter typischerweise mit der einschneidenden *Erfahrung* Berufseinstieg zusammenfällt. Auf Grund der starken Korrelation beider Variablen lässt sich ihre jeweilige Bedeutung nur schwer empirisch isolieren, weshalb eine entsprechende Analyse den Rahmen der vorliegenden Studie sprengen würde. Allerdings zeigt Abbildung 3, dass der Effekt von Arbeitslosigkeit am stärksten ist, wenn die Stichprobe auf BE unabhängig von deren Alter beschränkt wird. Dieses Ergebnis liefert einen ersten Hinweis, dass die Bedeutung des Erlebnisses Berufseinstieg größer ist als diejenige des Alters für sich genommen. Der Berufseinstieg kann je nach Ausbildungsgang zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgen, so dass einige wenige Befragte, die über 30 Jahre alt sind, in diese Kategorie fallen, während einige unter 25 Jahren bereits über mehrjährige Berufserfahrung verfügen.⁹ Es könnte also möglich sein, dass junge Erwachsene, die sehr früh in den Arbeitsmarkt eingestiegen sind, bereits in jungen Jahren einen Habituationseffekt aufweisen.

In jedem Fall lässt sich festhalten, dass die nach Alter heterogene Gruppe der BE einen etwas stärkeren Arbeitslosigkeitseffekt aufweist als die homogenere Gruppe sehr junger Personen. Dieses Ergebnis legt die Interpretation nahe, dass der Berufseinstieg typischerweise einen Anstieg politischen Interesses verursacht (Brady et al. 1995), der durch Arbeitslosigkeit konterkariert wird. Dieser Effekt scheint zumindest ein Stück weit unabhängig vom

⁹ Insgesamt zeigt sich, dass 96% der BE 30 Jahre alt oder jünger sind.

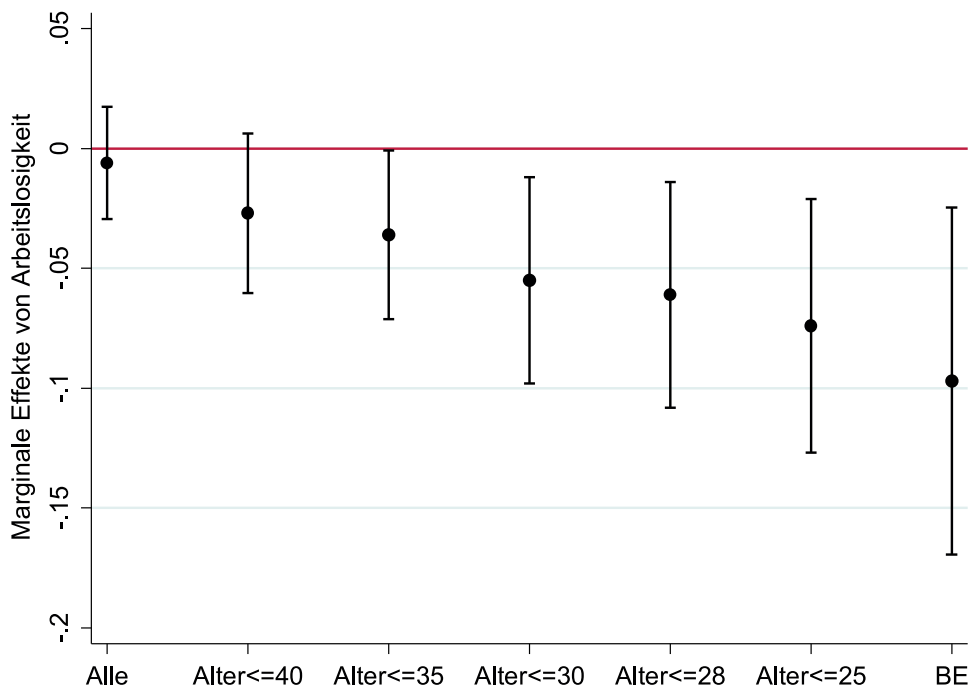


Abb. 3: Marginale Effekte und 95%-Konfidenzintervalle von Arbeitslosigkeit auf Δ Politisches Interesse t_0 bis t_4 in verschiedenen Altersgruppen. Quelle: Tabelle A2 im Anhang. Anmerkung: BE = BerufseinsteigerInnen.

Alter zu sein, obwohl wir, wie eingangs erwähnt, die Bedeutung beider Variablen im Rahmen dieser Analyse nicht präzise unterscheiden können.

Laut Hypothese 4 sollten kurzfristige Arbeitslosigkeitseffekte stärker auf introvertierte Menschen wirken. Tabelle 2 zeigt daher Ergebnisse zur Interaktion zwischen Extrovertiertheit und Arbeitslosigkeit. Hierzu schätzen wir Modelle, die sich auf Veränderungen im politischen Interesse unter BE beschränken. Modell 1 in Tabelle 2 repliziert unser Ergebnis aus Tabelle 1. Wenn wir das Sample auf BE beschränken, hat Arbeitslosigkeit einen substantiellen und signifikanten negativen Effekt auf Veränderungen im politischen Interesse. Modell 2 fügt unser Extrovertiertheitsmaß hinzu. Wir sehen, dass Extrovertiertheit unter BE generell mit einem stärkeren Wachstum des politischen Interesses assoziiert ist. Es bestätigt sich also, dass extrovertierte BE durch ihr erhöhtes Sozialisationspotential ein größeres politisches Interesse entwickeln. Modell 3 in Tabelle 2 interagiert schließlich Arbeitslosigkeit mit Extrovertiertheit. Der signifikante und positive Interaktionsterm deutet darauf hin, dass der negative Effekt von Arbeitslosigkeit primär unter introvertierten Persönlichkeiten zu beobachten ist. Abbildung 4 präsentiert die marginalen Effekte dieser Interaktion und bestätigt unsere Interpretation des Zusammenhangs.

Tab. 2: First-difference Modelle Δ Politisches Interesse t_0 bis t_4 , beschränkt auf BE

	(1)	(2)	(3)
Politisches Interesse t_0	-0,497*** (0,023)	-0,501*** (0,023)	-0,501*** (0,023)
Arbeitslosigkeit	-0,100** (0,043)	-0,093** (0,043)	-0,079* (0,044)
Δ Einkommen	-0,006 (0,004)	-0,006 (0,004)	-0,006 (0,004)
Extrovertiertheit		0,032** (0,013)	0,016 (0,014)
Arbeitslosigkeit* Extrovertiertheit			0,080*** (0,027)
Neue Bundesländer	0,013 (0,038)	0,016 (0,038)	0,011 (0,038)
Jahre in Bildung	0,034*** (0,006)	0,035*** (0,006)	0,035*** (0,006)
Weiblich	-0,165*** (0,032)	-0,173*** (0,032)	-0,174*** (0,032)
Konstante	0,927*** (0,129)	0,945*** (0,131)	0,956*** (0,132)
Beobachtungen	1'546	1'546	1'546
R ²	0,276	0,279	0,283

Robuste Standardfehler in Klammern; *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$; Alle Modelle enthalten Jahres-Dummies

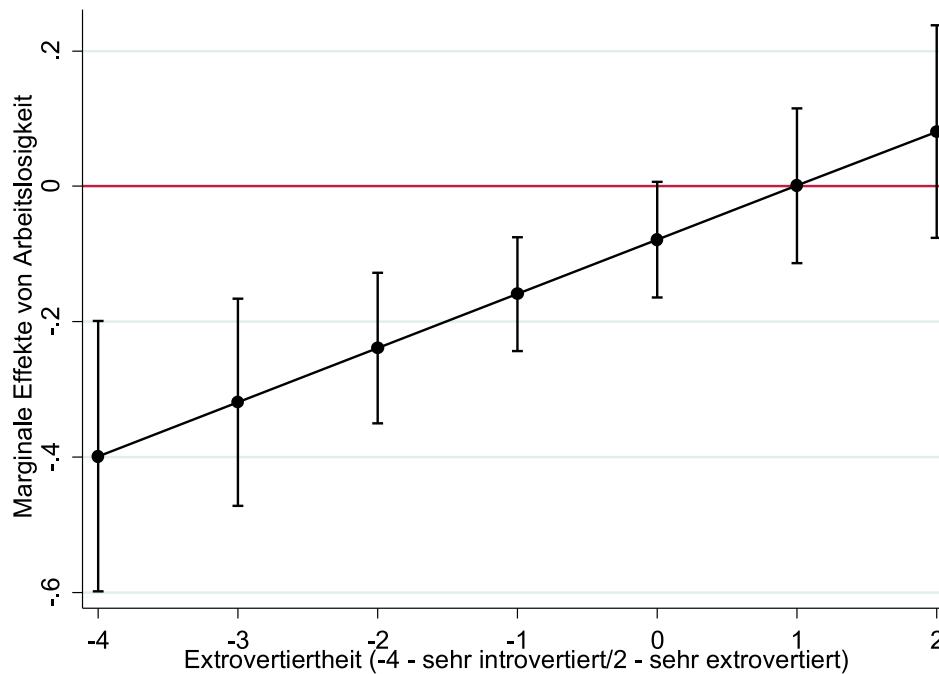


Abb. 4: Marginale Effekte von Arbeitslosigkeit über verschiedene Grade von Extrovertiertheit

4.2 Robustheitsanalysen der unmittelbaren Arbeitslosigkeitseffekte

Wir haben unsere Analyse einer Reihe von Robustheitstests unterzogen.¹⁰ Zum einen haben wir den Diskontierungsfaktor variiert. Unsere Ergebnisse haben Bestand, wenn wir die Diskontierungsfaktoren 0,6, 0,8 oder 1 verwenden. Unsere Analysen sind ebenfalls robust, wenn wir ein schlichtes dichotomes Arbeitslosigkeitsmaß verwenden. So finden wir ähnliche, hochsignifikante Effekte in den Berufseinsteigermodellen, wenn wir eine dichotome Variable verwenden, die den Wert eins annimmt, wenn Befragte irgendwann zwischen t_0 und t_4 arbeitslos waren. Zudem haben wir, wie bereits erwähnt, die Zeiträume variiert, um sicherzustellen, dass unsere Ergebnisse nicht auf dem spezifischen Zeitpunkt t_4 basieren. Wir haben dabei festgestellt, dass unsere Schätzungen eher konservativer Natur sind, da die Effekte in t_3 stärker sind. Weil wir unsere ordinale abhängige Variable (mit sieben Ausprägungen) wie in der Literatur üblich als quasi-metrisch behandeln, haben wir außerdem unsere Analyse mit einer Ordered-Probit-Spezifikation wiederholt. Die hierzu verfügbaren random-effects Modelle sind sehr restriktiv in ihren Annahmen, weshalb sie nicht unsere bevorzugte Methode

darstellen. Unsere grundlegenden Ergebnisse haben aber auch mit dieser alternativen Methode Bestand.

4.3 Langfristige Effekte von Arbeitslosigkeit

In den beiden vorangegangenen Abschnitten haben wir gezeigt, dass Arbeitslosigkeit einen kurzfristigen negativen Effekt auf politisches Interesse hat, zumindest unter jungen Erwachsenen und BE. Nun wenden wir uns der dritten Hypothese zu, die einen langfristigen Effekt (früher) Arbeitslosigkeit erwarten lässt. Um diese zu überprüfen, zeigt Tabelle 3 Modelle, die das Ausmaß politischen Interesses unter älteren Studienteilnehmenden im Querschnitt von 2011 erklären. Aufgrund der ordinal-skalierten abhängigen Variablen (mit vier Ausprägungen) verwenden wir einen Ordered-Probit-Schätzer. Alle in der Analyse berücksichtigten Personen sind mindestens 40 Jahre alt. Damit liegen mindestens zehn Jahre zwischen dem Jahr 2011 und einer möglichen frühen Arbeitslosigkeitserfahrung.

Modell 1 erklärt politisches Interesse ausschließlich mit unseren zwei dichotomen Variablen zur Erfassung von Arbeitslosigkeitserfahrung. Ohne Berücksichtigung von Kompositionseffekten hat Arbeitslosigkeitserfahrung sowohl vor wie auch nach dem Alter von 30 Jahren einen signifikanten negativen Effekt auf politisches Interesse. Allerdings zeigen die Ergebnisse, dass frühe Arbeitslosigkeit (≤ 30) den deutlich größeren Koeffizienten aufweist.

¹⁰ Die Ergebnisse dieser Analysen stellen wir gerne auf Anfrage zu Verfügung.

Tab. 3: Querschnittsanalyse Politisches Interesse (Ordered Probit) unter Beschäftigten im Alter 40–65, 2011

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Arbeitslosigkeit ≤ 30	-0,380*** (0,057)	-0,165*** (0,060)			-0,160*** (0,060)
Arbeitslosigkeit > 30	-0,236*** (0,043)	-0,083* (0,045)			-0,064 (0,046)
Jahre in Bildung		0,137*** (0,006)	0,137*** (0,006)	0,138*** (0,006)	0,114*** (0,006)
Neue Bundesländer		-0,156*** (0,036)	-0,157*** (0,036)	-0,158*** (0,036)	-0,135*** (0,036)
Weiblich		-0,449*** (0,029)	-0,449*** (0,029)	-0,450*** (0,029)	-0,481*** (0,031)
Einkommen		0,002*** (0,001)	0,002*** (0,001)	0,002*** (0,001)	0,002*** (0,000)
Alter		0,018*** (0,002)	0,018*** (0,002)	0,018*** (0,002)	0,019*** (0,002)
Kirchganghäufigkeit		0,051*** (0,016)	0,051*** (0,016)	0,051*** (0,016)	0,051*** (0,016)
Gewerkschaftsmitglied		0,135*** (0,038)	0,135*** (0,037)	0,135*** (0,037)	0,162*** (0,038)
Migrationshintergrund		-0,294*** (0,046)	-0,293*** (0,046)	-0,294*** (0,046)	-0,268*** (0,046)
Beschäftigungsunsicherheit		-0,086*** (0,029)	-0,085*** (0,029)	-0,086*** (0,029)	-0,067** (0,030)
Arbeitslosigkeit ≤ 28			-0,147** (0,071)		
Arbeitslosigkeit > 28			-0,095** (0,045)		
Arbeitslosigkeit ≤ 25				-0,184* (0,094)	
Arbeitslosigkeit > 25				-0,092** (0,043)	
Haushalt mit Kindern					0,024 (0,032)
Verheiratet					-0,068* (0,036)
Erikson-Goldthorpe Klassen	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja
Constant cut1	-1,286*** (0,022)	0,261* (0,152)	0,279* (0,152)	0,281* (0,152)	-0,208 (0,181)
Constant cut2	0,132*** (0,017)	1,856*** (0,153)	1,873*** (0,153)	1,875*** (0,153)	1,404*** (0,181)
Constant cut3	1,260*** (0,022)	3,134*** (0,156)	3,151*** (0,156)	3,153*** (0,156)	2,692*** (0,183)
Pseudo R ²	0,01	0,09	0,09	0,09	0,10
Beobachtungen	6'372	6'372	6'372	6'372	6'372

Robuste Standardfehler in Klammern; *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1

Hierin besteht ein erster Hinweis auf die Persistenz früher Arbeitslosigkeitserfahrungen.

Dieser Befund wird durch die Berücksichtigung von Kontrollvariablen erhärtet. Wie Modell 2 zeigt, korreliert sozio-ökonomischer Status in Form von Einkommen und vor allem Bildung positiv mit politischem Interesse. Dies ist ebenfalls für Gewerkschaftsmitgliedschaft und Alter der Fall. Der positive Effekt der Kirchgangvariable deutet

an, dass Befragte, die regelmäßig in die Kirche gehen, ein stärkeres politisches Interesse aufweisen. Dies bestätigt Argumente, die besagen, dass eine starke soziale Einbettung typischerweise mit stärkerem politischem Interesse korreliert. Signifikant negative Koeffizienten haben die Variablen für ostdeutsche und weibliche Studienteilnehmende sowie für Personen mit Migrationshintergrund. Es sei auch noch einmal daran erinnert, dass die Stichprobe

auf im Jahr 2011 beschäftigte Personen beschränkt ist, so dass der gegenwärtige Erwerbsstatus konstant gehalten wird. Zudem kontrollieren wir für die Möglichkeit, dass frühere Arbeitslosigkeit zu stärkerer Beschäftigungsunsicherheit führt. Tatsächlich ist das politische Interesse im Durchschnitt niedriger unter Befragten, die angeben, sich Sorgen über mögliche Arbeitslosigkeit zu machen.

Modell 2 in Tabelle 3 zeigt, dass dann, wenn für diese Faktoren kontrolliert wird, der signifikante Effekt von Arbeitslosigkeitserfahrung in späteren Jahren verschwindet und der Koeffizient deutlich kleiner wird. Der um Kompositionseffekte bereinigte Effekt von Arbeitslosigkeit in jungen Jahren verringert sich ebenfalls, bleibt aber signifikant auf dem Fünfprozentniveau und substantiell relevant. Er ist vergleichbar mit dem Effekt eines zusätzlichen Ausbildungsjahres oder dem Unterschied zwischen Personen aus den alten und den neuen Bundesländern. Interessanterweise ist der Effekt deutlich stärker als der Effekt gegenwärtiger Sorgen um einen möglichen Arbeitsplatzverlust.

Die Ergebnisse in Tabelle 3 unterstützen demnach die Scarring-Hypothese, derzufolge frühe Arbeitslosigkeit zu einer bleibenden Kluft im politischen Interesse führt. Wir interpretieren diesen empirischen Befund dahingehend, dass frühe Arbeitslosigkeit bleibende Narben hinterlässt, weil sie an einem entscheidenden Punkt in der persönlichen Biographie (nach dem Berufseinstieg) die für die Entwicklung von politischem Interesse zentralen Sozialisationsprozesse beeinträchtigt.

4.4 Robustheitsanalysen der langfristigen Arbeitslosigkeitseffekte

In Querschnittsmodellen lässt sich selbstverständlich nicht mit Sicherheit sagen, ob wir für alle relevanten Faktoren kontrolliert haben. Daher ist nicht ohne Weiteres zu klären, durch welche Mechanismen frühe Arbeitslosigkeit zu geringerem politischem Interesse bei Beschäftigten im Alter von über 40 Jahren führt. Allerdings kontrollieren wir in unseren Modellen für eine Reihe von naheliegenden materiellen und sozialen Folgen früher Arbeitslosigkeit (Einkommen, spätere Arbeitslosigkeitserfahrungen, höhere Beschäftigungsunsicherheit, geringere Wahrscheinlichkeit von Gewerkschaftsmitgliedschaft).

Die Modelle 3 bis 5 in Tabelle 3 liefern eine Reihe weiterer Robustheitsanalysen. Modelle 3 und 4 zeigen, dass unsere Ergebnisse nicht auf der willkürlichen Festlegung von 30 Jahren als Grenzlimit früher Arbeitslosigkeit beruhen. Die Ergebnisse sind robust, wenn wir 28 oder 25 Jahre als Grenze wählen. Allerdings nimmt das Signifikanz-

niveau ab, je niedriger die Grenze angesetzt wird. Dies erklärt sich aus der abnehmenden Anzahl beobachteter früher Arbeitslosigkeitserfahrungen. Bei einem Grenzwert von 25 Jahren (Modell 4) sind dies gerade noch 172 Fälle.

Modell 5 in Tabelle 3 fügt weitere Kontrollvariablen hinzu, die mit früher Arbeitslosigkeitserfahrung korreliert sein können. Zum einen nutzen wir das Erikson-Goldthorpe-Klassenschema, um für Unterschiede in politischem Interesse zwischen Berufsgruppen zu kontrollieren. Zudem überprüfen wir, ob der Familienstand der Befragten Auswirkungen auf politisches Interesse hat. Wir berücksichtigen deshalb zwei dichotome Variablen, die erfassen, ob die Befragten in einem Haushalt mit Kindern leben und ob sie verheiratet sind. Trotz dieser zusätzlichen Kontrollvariablen bleibt der Effekt früher Arbeitslosigkeit fast identisch zu dem in Modell 2 beobachteten Effekt.

5 Schlussfolgerungen

Der Ausgangspunkt unseres Beitrags war die Frage, ob Arbeitslosigkeit politisches Interesse verringert. Im Einklang mit unserem Lebenszyklusargument konnten wir zeigen, dass Arbeitslosigkeit politisches Interesse nur bei jungen Befragten verringert. Dies bekräftigt eine Sozialisationsperspektive, der zufolge politisches Interesse mit zunehmendem Alter wandlungsresistent wird. Wirtschaftliche Notlagen und der Verlust arbeitsplatzbasierter Ressourcen an sich können dieses Muster nicht erklären, was aber nicht bedeutet, dass die beiden Ansätze bedeutungslos für das Verständnis von Arbeitslosigkeit sind. Unsere Befunde zeigen jedoch, dass ihr Erklärungsgehalt deutlich verbessert wird, wenn Sozialisations- und Habituationseffekte berücksichtigt werden.

Die Tatsache, dass Arbeitslosigkeitseffekte kaum durch Einkommensveränderungen vermittelt werden, zeigt allerdings die Begrenztheit ausschließlich materieller Erklärungen. Hier könnte die im Vergleich zu den USA großzügigere wohlfahrtsstaatliche Unterstützung eine Rolle spielen. In jedem Fall legen unsere Ergebnisse die Interpretation nahe, dass Arbeitslosigkeit in jungen Jahren sich nicht vornehmlich aufgrund materieller Sorgen auf politische Involviertheit auswirkt. Fehlender Zugang zu politischen Diskussionen am Arbeitsplatz, mangelnde Mobilisierung durch Gewerkschaften und soziale Isolation sind plausible alternative Mechanismen, die Arbeitslosigkeit mit mangelnder politischer Involviertheit verbinden. Diese Interpretation wird auch durch den Befund gestützt, dass das politische Interesse junger Befragter ohne Zugang zu sozialen Netzwerken als alternativen So-

zialisationsstätten besonders stark durch Arbeitslosigkeit beeinflusst wird.

Eine plausible Erweiterung unseres Ansatzes wäre die Berücksichtigung verschiedener Bildungswege. Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen und beruflichen Ausbildungen unterscheiden sich zum Beispiel im durchschnittlichen Alter und möglicherweise auch im Niveau des politischen Interesses zum Zeitpunkt des Arbeitsmarkteintritts. Bildungseinrichtungen könnten als alternative Sozialisationsstätten fungieren und somit (in unterschiedlichem Maße) ihre Absolventinnen und Absolventen gegen die Effekte von Arbeitslosigkeit immunisieren (Dobischat & Düsseldorf 2015).

Mit unserer Längsschnittsstudie haben wir einen methodischen Beitrag zur Literatur über Arbeitslosigkeit und politische Involviertheit geleistet. Querschnittsstudien zu diesem Thema sind zweifelsohne hilfreich, um substantiell relevante Korrelationen zwischen Arbeitsmarktsituation und politischen Variablen aufzuzeigen. Allerdings schließen wir uns Forderungen aus der Literatur an, Querschnittsstudien um kausalitätsorientierte Längsschnittstudien zu ergänzen (Margalit 2013; Owens & Pedulla 2014). Wie unsere Ergebnisse zeigen, ist Arbeitslosigkeit ein komplexer Prozess, der sich über die Zeit entfaltet. Paneldatensätze sind ideal, um diesen Prozess zu analysieren. Allerdings beinhalten Haushaltspanels, das SOEP eingeschlossen, in der Regel nur wenige Fragen zu politischen Orientierungen und Entscheidungen. Vor dem Hintergrund unserer Ergebnisse und ihrer sozialen Relevanz wäre es wünschenswert, Fragebögen um detailliertere Variablen zur Haltung gegenüber dem politischen System zu ergänzen.

Dies wäre besonders wünschenswert, weil wir uns im vorliegenden Beitrag auf Grund der Datenbeschränkungen auf das politische Desinteresse als eine mögliche Folge von Arbeitslosigkeit konzentrieren mussten. Unser Ansatz wäre prinzipiell ebenso geeignet, um den Einfluss früher Arbeitslosigkeit auf politische Mobilisierung zu untersuchen. Während unsere Ergebnisse eine Tendenz zur politischen Apathie aufzeigen, sollte zukünftige Forschung die Bedingungen untersuchen, unter denen Arbeitslosigkeit zu Radikalisierung beiträgt. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung populistischer Parteien und Protestbewegungen dürfte der politische Kontext eine entscheidende Rolle spielen. Das von uns beobachtete Desinteresse könnte sich aus dem Zusammenspiel persönlicher Frustration und fehlender subjektiver Repräsentation ergeben. Möglicherweise kann aggressive populistische Rhetorik diese Apathie aber in Wut, radikale Elitenkritik und vereinfachte politische Forderungen umwandeln. Die politische Orientierung Arbeitsloser sollte deshalb sowohl

in vergleichender Perspektive untersucht werden als auch im sich wandelnden deutschen Parteiensystem (vor allem in Hinblick auf einen möglichen Einfluss der *Alternative für Deutschland*).

Unsere Ergebnisse haben Implikationen für die deutsche (und europäische) Arbeitsmarktpolitik. Sie zeigen, dass Arbeitslosigkeit nicht nur ein soziales und ökonomisches Problem darstellt, sondern auch Konsequenzen für die Qualität der Demokratie hat. Politische Maßnahmen sollten sich darauf konzentrieren, jungen Arbeitslosen bei der sozialen Integration zu helfen. Qualifizierende aktive Arbeitsmarktpolitik erscheint uns hierfür besonders geeignet. Einerseits haben solche Maßnahmen teilweise positive Effekte auf Beschäftigungsaussichten (Heyer et al. 2012). Andererseits gibt es Hinweise, dass sie bei angemessener Ausgestaltung sozial integrativ wirken. Gunder und Hohendanner (2015) zeigen zum Beispiel, dass dies für „Ein-Euro-Jobs“ der Fall sein kann, wenn sie in Dauer und Umfang regulären Beschäftigungsverhältnissen ähneln, als freiwillig wahrgenommen und mit ausreichender Unterstützung flankiert werden (siehe auch Wulfgramm 2011). Auf Grund unserer Ergebnisse (und der allgemeinen psychologischen Relevanz sozialer Kontakte) sollte der sozialintegrative Aspekt aktiver Arbeitsmarktpolitik stärker bei der Auswahl und Bewertung von Maßnahmen berücksichtigt werden. Eine Erfassung und Berücksichtigung von Persönlichkeitsunterschieden könnte die Wirksamkeit dabei weiter erhöhen.

Schließlich zeigen unsere Befunde eine (aus normativer Sicht) besorgniserregende Langzeitwirkung früher Arbeitslosigkeit. Selbst nach mehr als zehn Jahren sind ihre ‚Narben‘ noch sichtbar. Bedenkt man die starke Korrelation zwischen politischem Interesse und politischer Beteiligung, deutet dieses Ergebnis auf ein geringeres politisches Gewicht gerade jener Bürgerinnen und Bürger hin, die am meisten auf öffentliche Interventionen angewiesen sind. Dieser ‚demokratische Scarring-Effekt‘ liefert neben den bekannten sozio-psychologischen Problemen eine zusätzliche Rechtfertigung, der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, insbesondere bei jungen Erwachsenen, politische Priorität einzuräumen.

Literatur

- Adman, P., 2008: Does Workplace Experience Enhance Political Participation? A Critical Test of a Venerable Hypothesis. *Political Behavior* 30: 115–138.
- Anderson, C.J., 2001: Desperate Times Call for Desperate Measures? S. 271–290 in: N. Bermeo (Hrsg.), *Unemployment and Citizen*

- Behaviour in Comparative Perspective. Cambridge: Cambridge University Press.
- Anderson, C., O.P. John, D. Keltner & A.M. Kring, 2001: Who Attains Social Status? Effects of Personality and Physical Attractiveness in Social Groups. *Journal of Personality and Social Psychology* 81: 116–132.
- Becker, R. & A. Mays, 2003: Soziale Herkunft, politische Sozialisation und Wählen im Lebensverlauf. *Politische Vierteljahresschrift* 44:19–40.
- Böhm-Kasper, O., 2010: Peers und politische Einstellungen von Jugendlichen. S. 261–281 in: M. Harring, O. Böhm-Kasper, C. Rohlf & C. Palentien (Hrsg.), *Freundschaften, Cliques und Jugendkulturen. Peers als Bildungs- und Sozialisationsinstanzen*. Wiesbaden: VS.
- Brady, H.E., S. Verba & K.L. Schlozman, 1995: Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review* 89: 271–294.
- Brand, J.E., 2015: The Far-Reaching Impact of Job Loss and Unemployment. *Annual Review of Sociology* 41: 359–357.
- Brody, R.A. & P. Sniderman, 1977: From Life Space to Polling Place: The Relevance of Personal Concerns for Voting Behavior. *British Journal of Political Science* 7: 337–360.
- Burden, B.C. & A. Wichowsky, 2014: Economic Discontent as a Mobilizer: Unemployment and Voter Turnout. *Journal of Politics* 76: 887–898.
- Claßen, B., 2002. Politische Sozialisation: Beruf. S. 419–422 in: M. Greiffenhagen & S. Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*. 2. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Dinas, E., 2013: Opening 'Openness to Change': Political Events and the Increased Sensitivity of Young Adults. *Political Research Quarterly* 66: 868–882.
- Dobischat, R. & K. Düsseldorf, 2015: Sozialisation in Berufsbildung und Hochschule. S. 469–491 in: K. Hurrelmann, U. Bauer, M. Grundmann & S. Walper (Hrsg.), *Handbuch Sozialisationsforschung*. Weinheim und Basel: Beltz.
- Emmenegger, P., P. Marx & D. Schraff, 2015: Labour Market Disadvantage, Political Orientations and Voting: How Adverse Labour Market Experiences Translate into Electoral Behaviour. *Socio-Economic Review* 13: 189–213.
- Faas, T., 2010: Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Firebaugh, G. & K. Chen, 1995: Vote Turnout of Nineteenth Amendment Women: The Enduring Effect of Disenfranchisement. *American Journal of Sociology* 100: 972–996.
- Frankfurter Allgemeine. 2015. Eine verlorene Generation. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschen-wirtschaft/griechenland-spanien-eine-verlorene-generation-13388690-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Zugegriffen: 4. April 2015).
- Funder, D.C. & L.A. Fast, 2010: Personality in Social Psychology. S. 668–697 in: S.T. Fiske, D.T. Gilbert & G. Lindzey (Hrsg.), *Handbook of Social Psychology*. Hoboken: Wiley.
- Gallego, A., 2007: Unequal Political Participation in Europe. *International Journal of Sociology* 37: 10–26.
- Gallie, D., S. Paugam & S. Jacobs, 2003: Unemployment, Poverty and Social Isolation: Is There a Vicious Circle of Social Exclusion? *European Societies* 5: 1–32.
- Gangl, M., 2006: Scar Effects of Unemployment: An Assessment of Institutional Complementarities. *American Sociological Review* 71: 986–1013.
- Gerber, A.S., D.P. Green & R. Shachar, 2003: Voting May Be Habit-Forming: Evidence from a Randomized Field Experiment. *American Journal of Political Science* 47: 540–550.
- Gerber, A.S., G.A. Huber, D. Doherty & C.M. Dowling, 2012: Disagreement and the Avoidance of Political Discussion: Aggregate Relationships and Differences across Personality Traits. *American Journal of Political Science* 56: 849–874.
- Glenn, N.D. & M. Grimes, 1968: Aging, Voting, and Political Interest. *American Sociological Review* 33: 563–575.
- Grob, U., 2006: Entwicklung und Stabilität von konventionellem politischem Interesse in langfristiger Perspektive. Ergebnisse aus der Life-Studie. S. 61–92 in: A. Ittel & H. Merckens (Hrsg.), *Veränderungsmessung und Längsschnittstudien in der empirischen Erziehungswissenschaft*. Wiesbaden: VS.
- Grob, U., 2009: Die Entwicklung politischer Orientierungen vom Jugend- ins Erwachsenenalter – Ist die Jugend eine spezifisch sensible Phase in der politischen Sozialisation? S. 329–372 in: H. Fend, F. Berger & U. Grob (Hrsg.), *In Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der Life-Studie*. Wiesbaden: VS.
- Gundert, S. & C. Hohendanner, 2015: Active Labour Market Policies and Social Integration in Germany: Do 'One-Euro-Jobs' Improve Individuals' Sense of Social Integration? *European Sociological Review* 31: 780–797.
- Heyer, G., S. Koch, G. Stephan & J. Wolff, 2012: Evaluation der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Ein Sachstandsbericht für die Instrumentenreform 2011. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 45: 41–62.
- Hurrelmann, K., 2004: Lebensphase Jugend: Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 7. Aufl. Weinheim/München: Juventa.
- Jahoda, M., 1982: *Employment and Unemployment: A Social-Psychological Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jahoda, M., P. Lazarsfeld & H. Zeisel, 1975 (zuerst 1933): *Die Arbeitslosen von Marienthal: Ein soziographischer Versuch über die Wirkung lang andauernder Arbeitslosigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jensen-Campbell, L.A., R. Adams, D.G. Perry, K.A. Workman, J.Q. Furdella & S.K. Egan, 2002: Agreeableness, Extraversion, and Peer Relations in Early Adolescence: Winning Friends and Deflecting Aggression. *Journal of Research in Personality* 36: 224–251.
- Kroh, M., K. Käppner & S. Kühne, 2014: Sampling, Nonresponse, and Weighting in the 2011 and 2012 Refreshment Samples J and K of the Socio-Economic Panel. *SOEP Survey Papers* 260: Series C. Berlin: DIW/SOEP.
- Klofstad, C.A., 2010: The Lasting Effect of Civic Talk on Civic Participation: Evidence from a Panel Study. *Social Forces* 88: 2353–2375.
- Leighley, J., 1996: Group Membership and the Mobilization of Political Participation. *Journal of Politics* 58: 447–463.
- Lim, C. & T. Sander, 2013.: Does Misery Love Company? Civic Engagement in Economic Hard Times. *Social Science Research* 42: 14–30.
- Lorenzini, J. & M. Giugni, 2012: Employment Status, Social Capital, and Political Participation: A Comparison of Unemployed and

- Employed Youth in Geneva. *Swiss Political Science Review* 18: 332–351.
- Margalit, Y., 2013: Explaining Social Policy Preferences: Evidence from the Great Recession. *American Political Science Review* 107: 80–103.
- Marx, P. & G. Picot, 2013: The Party Preferences of Atypical Workers in Germany. *Journal of European Social Policy* 23: 164–178.
- Meulemann, H. & K. Birkelbach, 2001: Biographische Erfahrungen und politische Einstellungen zwischen Jugend und Lebensmitte. *Politische Vierteljahresschrift* 42:30–50.
- Mondak, J.J., M.V. Hibbing, D. Canache, M.A. Seligson & M.R. Anderson, 2010: Personality and Civic Engagement: An Integrative Framework for the Study of Trait Effects on Political Behavior. *American Political Science Review* 104: 85–110.
- Mutz, D.C. & J.J. Mondak, 2006: The Workplace as a Context for Cross-Cutting Political Discourse. *Journal of Politics* 68: 140–155.
- Neundorff, A., K. Smeets & G.M. Garcia-Albacete, 2013: Homemade Citizens: The Development of Political Interest During Adolescence and Young Adulthood. *Acta Politica* 48: 92–116.
- Owens, L.A. und D.S. Pedulla, 2014: Material Welfare and Changing Political Preferences: The Case of Support for Redistributive Social Policies. *Social Forces* 92: 1087–1113.
- Ozer, D.J. & V. Benet-Martinez, 2006: Personality and the Prediction of Consequential Outcomes. *Annual Review of Psychology* 57: 401–421.
- Pateman, C., 1970: *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pattie, C.J. & R.J. Johnston, 2009: Conversation, Disagreement and Political Participation. *Political Behavior* 31: 261–285.
- Paul, K.I. & K. Moser, 2009: Unemployment Impairs Mental Health: Meta-Analyses. *Journal of Vocational Behavior* 74: 264–282.
- Plutzer, E., 2002: Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood. *American Political Science Review* 96: 41–56.
- Prior, M., 2010: You've Either Got It or You Don't? The Stability of Interest over the Life Cycle. *Journal of Politics* 72: 747–766.
- Quintelier, E., 2015: Engaging Adolescents in Politics: The Longitudinal Effect of Political Socialization Agents. *Youth & Society* 47: 51–69.
- Quintelier, E., D. Stolle & A. Harell, 2012: Politics in Peer Groups: Exploring the Causal Relationship between Network Diversity and Political Participation. *Political Research Quarterly* 65: 868–881.
- Rattinger, H., 1983: Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotenzial. S. 257–317 in: M. Kaase & H.D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rippl, S., 2015: Politische Sozialisation. S. 733–752 in: K. Hurrelmann, U. Bauer, M. Grundmann & S. Walper (Hrsg.), *Handbuch Sozialisationsforschung*. Weinheim/ Basel: Beltz.
- Rosenstone, S.J., 1982: Economic Adversity and Voter Turnout. *American Journal of Political Science* 26: 25–46.
- Roßteutscher, S., 2009: Soziale Partizipation und Soziales Kapital. S. 163–180 in: V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie*. Wiesbaden: VS.
- Schäfer, A., 2015: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Schlozman, K.L. & S. Verba, 1979: *Injury to Insult: Unemployment, Class, and Political Response*. Cambridge: Harvard University Press.
- Schlozman, K.L., N. Burns & S. Verba, 1999: What Happened at Work Today? A Multistage Model of Gender, Employment, and Political Participation. *Journal of Politics* 61: 29–53.
- Schuman, H. & J. Scott, 1989: Generations of Collective Memories. *American Sociological Review* 54: 359–381.
- Schur, L., 2003: Employment and the Creation of an Active Citizenry. *British Journal of Industrial Relations* 41: 751–771.
- Sears, D. & C.L. Funk, 1999: Evidence of the Long-term Persistence of Adults' Political Predispositions. *Journal of Politics* 61: 1–28.
- Smets, K., 2016: Revisiting the Political Life-Cycle Model: Later Maturation and Turnout Decline among Young Adults. *European Political Science Review* 8: 225–249.
- Stoker, L. & M.K. Jennings, 2008: Of Time and the Development of Partisan Polarization. *American Journal of Political Science* 52: 619–635.
- Sobel, R., 1993: From Occupational Involvement to Political Participation: An Exploratory Analysis. *Political Behavior* 15: 339–353.
- van Deth, J.W., 2013: Politisches Interesse. S. 271–296 in: J.W. van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext. Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*. Wiesbaden: VS.
- Wulfgramm, M., 2011: Subjektive Auswirkungen aktivierender Arbeitsmarktpolitik: Ein-Euro-Jobs als sozialintegrative Maßnahme? *Zeitschrift für Sozialreform* 57: 175–198.

Zusatzmaterial: Die Onlineversion dieses Artikels (DOI 10.1515/zfsoz-2017-1012) bietet Zusatzmaterial für autorisierte Benutzer.

Autorenvorstellung



Patrick Emmenegger

Universität St. Gallen, Politikwissenschaftliches Departement, Müller-Friedberg-Strasse 6/8, 9000 St. Gallen, Schweiz,
E-Mail: patrick.emmenegger@unisg.ch

Patrick Emmenegger, geb. 1979 in Wolhusen (CH). Studium der Politikwissenschaft und der Volkswirtschaftslehre in Bern und Genf. Promotion in Bern. Seit 2012 Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität St. Gallen. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Arbeitsmarktpolitik, Wohlfahrtsstaatsreformen, Wahlrechtsreformen und Demokratisierung, internationaler Wettbewerbswettbewerb, politisches Verhalten. Wichtigste Publikationen: *The Age of Dualization: The Changing Face of Inequality in Deindustrializing Societies* (mit S. Häusermann, B. Palier und M. Seeleib-Kaiser), New York, 2012; *The Power to Dismiss: Trade Unions and the Regulation of Job Security in Western Europe*, Oxford, 2014.

**Paul Marx**

University of Southern Denmark, Department of Political Science and Public Management, Campusvej 55, 5230 Odense, Denmark, E-Mail: marx@sam.sdu.dk

Paul Marx, geb. 1982 in Hamburg. Studium der Politikwissenschaft in Marburg und Berlin. Promotion in Köln. Seit 2016 Professor für Vergleichende Politische Soziologie an der Süddänischen Universität. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Arbeitsmarktforschung, Wohlfahrtsstaatsreformen, politisches Verhalten. Wichtigste Publikationen: *The Political Behaviour of Temporary Workers*, Basingstoke, 2015; *Non-standard Employment in Post-industrial Labour Markets: An Occupational Perspective* (mit W. Eichhorst), Cheltenham, 2015.

**Dominik Schraff**

ETH Zürich, Center for Comparative and International Studies, IFW D 43.2, Haldeneggsteig 4, 8092 Zürich, Schweiz, E-Mail: dominik.schraff@eup.gess.ethz.ch

Dominik Schraff, geb. 1988 in Konstanz. Studium der Politikwissenschaft an der Universität Mannheim und dem University College London. Promotion in St. Gallen. Von 2012–2016 Assistent an der Universität St. Gallen. Seit 2016 Postdoc am Center for Comparative and International Studies, ETH Zürich. Forschungsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Europapolitik, politisches Verhalten. Wichtigste Publikationen: *Labor Market Disadvantage and Political Alienation: A Longitudinal Perspective on the Heterogeneous Risk in Temporary Employment*, *Acta Politica*, 2017: in Druck; *Labour market disadvantage, political orientations and voting: How adverse labour market experiences translate into electoral behavior* (mit P. Emmenegger und P. Marx), *Socio-Economic Review* 13, 2015: 189–213.